

Mehr Therapeuten für Opfer

TRAUMABEWÄLTIGUNG Weißer Ring nimmt Krankenkassen in die Pflicht

Von Dominic Schreiner

MAINZ. Zum heutigen Tag des Kriminalitätsoffiziers fordert der Weiße Ring von den Krankenkassen, dass diese bundesweit mehr Therapeuten zulassen sollen, um Opfern von Straftaten zeitnaher und effektiver bei ihrer Traumabewältigung zu helfen. „Wir stellen häufig fest, dass Opfer, die zu uns kommen, keine ausreichend schnelle Lösung finden“, sagt der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende des Weißen Rings, Karl-Heinz Weber. „Je länger sie auf einen Therapieplatz warten müssen, desto schlimmer und auswegloser empfinden sie ihre Situation. Das ist nicht hinnehmbar“, unterstreicht Roswitha Müller-Piepenkötter, Bundesvorsitzende der Opferschutzorganisation.

Große Mehrzahl der Opfer benötigt Traumatherapie

Wenn Opfer von Straftaten nicht mehr weiter wissen, wenden sie sich oftmals an den Weißen Ring. 621 Menschen waren es landesweit im vergangenen Jahr, die die Hilfe des Vereins in Anspruch nahmen. Zwar werden dessen Mitarbeiter im Umgang mit Kriminalitätsoffizieren an der vereinseigenen Akademie geschult, doch wer Gewalt oder andere Straftaten am eigenen Leib erleben musste, bedarf professioneller therapeutischer Unterstützung – nicht immer, aber wenn,

dann möglichst bald. Bei einem beachtlichen Teil von Opfern von sexualisierter Gewalt, Körperverletzungsdelikten oder auch Einbrüchen ist das der Fall.

„Eines der Probleme, das Betroffene haben, ist die lange Wartezeit“, bestätigt Prof. Manfred Beutel, Direktor der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie an der Universitätsmedizin Mainz. Einer Studie zufolge wartet rund ein Drittel aller Patienten länger als drei Monate allein auf ein Erstgespräch bei einem Therapeuten. Das liegt nach Ansicht von Experten vor allem daran, dass es generell einfach zu wenige niedergelassene Psychotherapeuten gibt – ein Problem, mit dem also nicht nur traumatisierte Opfer von Straftaten konfrontiert werden.

Für Letztere kann das lange Warten allerdings dramatisch

VIER AMBULANZEN

► In Rheinland-Pfalz gibt es vier **Traumaambulanzen** (Mainz, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Kaiserslautern und Trier). Dort sollen Betroffene innerhalb von maximal zwei Wochen nach der Straftat therapeutische Sofortmaßnahmen erhalten. Die Einrichtungen stehen unter anderem **Opfern von Kapitalverbrechen, Vergewaltigungen**, so genannten Schockschäden – also etwa Tatzeugen von Mordfällen – oder Gewalttaten im Ausland offen.

sein: Massive Angstzustände, Selbstzweifel, die zu eklatanten Verhaltensänderungen führen können – im Kampf gegen diese häufigen Folgen von erlebter Kriminalität hilft nur eine zügig startende Therapie.

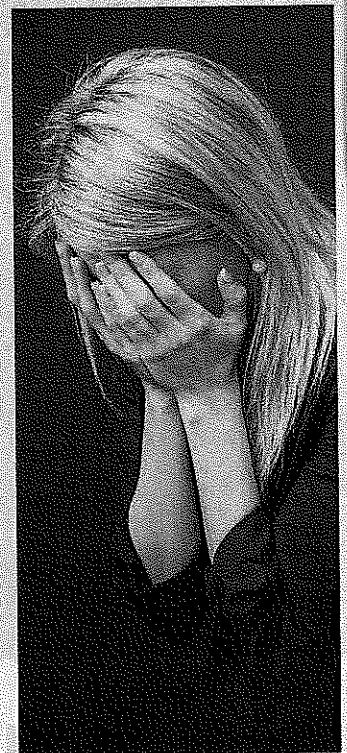
„Zumutbare Wartezeit sollte festgeschrieben werden“

An dieser Stelle sind nach Ansicht des Weißen Rings die Krankenkassen gefordert. Die Kassen sollen ihre Bedarfsplanungen, die Grundlage für die Zulassungen sind, anpassen. So sollte für alle Patienten mit psychotherapeutischem Bedarf „eine zumutbare Wartezeit von maximal fünf Wochen festgeschrieben werden“, heißt es. Und diese Wartezeitverkürzung würde eben durch mehr Therapeutenzulassungen erreicht.

„Es ist enorm schwierig, ganz kurzfristig vernünftige Beratung zu bekommen. Das ist ein Systemproblem“, erläutert Beutel. Ein Systemproblem, das sich auch darin manifestiere, dass Langzeitbehandlungen von den Kassen besser bezahlt würde als kurzfristige Termine.

Beutel leitet unter anderem die Traumaambulanz an der Mainzer Universitätsmedizin, eine von vier Einrichtungen dieser Art in Rheinland-Pfalz. Wer dort Hilfe bekommt, hat vorher allerdings einen Antrag auf Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Opferentschädigungsgesetz ausfüllen müssen – das nächste Problem.

Denn die vier Kliniken landesweit, die Erfahrungen mit Traumata haben und Ambulanzen vorhalten, können deren Leistungen nicht über die Krankenkassen abrechnen. „Wir sind nicht flexibel genug“, fasst Beutel die Gesamtsituation zusammen. Mehr Therapeuten könnten also nur einer von mehreren Lösungsansätzen sein, um Kriminalitätsoffizieren künftig effektiver zu helfen.



621 Menschen haben landesweit im vergangenen Jahr beim Weißen Ring Hilfe gesucht. Archivfoto: Kaspars Grinvalds - Fotolia